IPG

KOMMENTAR 22.09.2014 | Kenichi Mishima

# Japan: „Von den Nazis lernen“?

## Wie die Regierung Abe die japanische Friedensverfassung in Makulatur verwandelt.

Der japanische Finanzminister Taro Aso ist ein erfahrener Politiker. Doch er neigt zu Übertreibungen und leistet sich schon mal verbale Entgleisungen - zumeist rein aus Berechnung. Denn oft dienen seine Provokationen als Versuchsballon. Im vergangenen Sommer äußerte sich Aso zur in Japan viel diskutierten Verfassungsrevision. Er schlug vor, sich die deutschen Nationalsozialisten zum Vorbild zu nehmen: „Lasst uns (die Verfassungsrevision) in Ruhe durchführen, so wie es die Nazis gemacht haben. Unbemerkt wurde die Weimarer Verfassung durch die Verfassung der Nazis ersetzt. Warum lernen wir nicht von der Strategie der Nazis?“

Die Rede wurde aufgezeichnet und die Medien berichteten ausführlich. Die Öffentlichkeit reagierte mit heftiger Kritik. Verblüffend war nicht zuletzt: Das Statement enthielt zahlreiche faktische Fehler. Aso hatte bei seiner Äußerung offenbar das sogenannte Ermächtigungsgesetz aus dem Jahr 1933 im Sinn. Doch bekanntlich widerspricht es den historischen Tatsachen, dass die Verabschiedung des Gesetzes „in Ruhe“ und „unbemerkt“ vollzogen worden wäre.

Im Gegenteil: Das Ermächtigungsgesetz wurde von den gleichgeschalteten Medien stürmisch gefeiert. Vor allem aber gab es natürlich keine „Nazi-Verfassung“. Die Macht der Nationalsozialisten wurde mit dem Ermächtigungsgesetz endgültig gefestigt, doch die Weimarer Reichsverfassung wurde 1933 nur faktisch außer Kraft gesetzt.

Auch in Japan wurde auf die historischen Fehler hingewiesen. Ich selbst habe in der Tageszeitung *Asahi Shinbun*, der Wortführerin des links-liberalen Lagers, darüber geschrieben. Die Oppositionsparteien forderten eine Dringlichkeitssitzung des Haushaltskommittees, doch die Kritik wurde abgewiegelt. Regierungsvertreter erklärten lapidar, bei Asos Rede habe es sich um eine „private Äußerung“ des Ministers gehandelt. Selbstverständlich respektiere der Minister die Verfassung. Welche Kritik auch vorgebracht wurde, es hieß stets, die Kritik sei „unzutreffend“ und die Kritiker hätten „die wahre Absicht Asos missverstanden“ – oder so

ähnlich. Wie von der Regierung erhofft, konzentrierten sich die Nachrichten bald wieder auf andere Meldungen und die Sportberichterstattung.

## Weder souverän noch unabhängig?

Der größte Teil der Öffentlichkeit hatte in der Tat kaum Interesse an historischen Ereignissen im Deutschland von vor 80 Jahren und an der Frage, ob der Minister nun historische Tatsachen verdreht hatte oder nicht. Das ist letztlich ebenso bedauerlich wie nachvollziehbar. Schließlich es ist auch richtig, dass sich die Situation in Deutschland zu Zeiten der Machtergreifung fundamental vom heutigen Japan unterscheidet.

Doch die Empörung, zu der es kam, ist nur vor dem Hintergrund der wahren Absichten der Regierung Abe und des rechten Flügels der regierenden Liberaldemokratischen Partei Japans (LDP) zu verstehen. Der rechte Parteiflügel bemüht sich nicht erst seit gestern, sondern seit Gründung der LDP 1955, darum, die japanische Friedensverfassung zu „revidieren". Faktisch ist die Verfassungsrevision für die Partei längst zum *raison d'être* geworden. Hauptanliegen ist dabei die Revision des Artikel 9, der Krieg als legitimes Mittel der Politik negiert und die Bewaffnung Japans verbietet. Ohne Revision dieses Artikels, so der rechte Flügel der LDP, sei Japan weder souverän noch unabhängig.

***Die Bevölkerung wird mit nationalistischer Rhetorik geblendet. Sie betont die einzigartige japanische Kultur, die einzigartige Küche, die einzigartige Freundlichkeit der Japaner, die besondere Schönheit der Sprache - und die Gefährdung der Sicherheit dieses großartigen Japans.***

Ein aktueller Verfassungsentwurf der LDP gibt noch aus einem anderen Grund Anlass zur Sorge. Anders als das deutsche Grundgesetz enthält er keine Ewigkeitsklausel, die die grundlegenden Menschenrechte schützt. Besonderen Wert legt der Entwurf dafür auf Respekt für Familie und Tradition. Die zum Ausdruck kommenden Ziele sind eine – widersprüchliche – Harmonisierung von traditioneller Kultur und Kernenergie, eine Verwirklichung des Traums nach weiterem Wirtschaftswachstum sowie die Etablierung einer Hegemonie in Ostasien durch Einführung einer regulären Streitmacht.

Die Befürworter der Revision argumentieren, dass es sich bei der geltenden Verfassung um ein amerikanisches Diktat handele. Zudem sei es bei der Ausarbeitung der Verfassung nach 1945 zu formalen Unregelmäßigkeiten gekommen. In der Konsequenz sei die Legitimität der Verfassung beeinträchtigt.

Dabei wird jedoch übersehen, dass sich die Verfassung breiter Akzeptanz erfreut. Für die Legitimität einer Verfassung zählt die öffentliche Akzeptanz und die Verankerung im politischen Leben mehr als formale Verfahrensfehler, die findige Juristen nach Belieben zu finden in der Lage sind. Das ist übrigens auch eine Kernthese der Verfassungstheorie von Jürgen Habermas. Die Befürworter einer Revision ignorieren diesen Punkt jedoch völlig.

Auch Premierminister Shinzo Abe ist ein Verfechter der Revision und hat jüngst versucht, zunächst Artikel 96 zu revidieren. Dieser Artikel legt fest, dass Oberhaus und Unterhaus eine Verfassungsrevision nur mit einer Zweidrittelmehrheit vorschlagen können. Sie muss dann mit einfacher Mehrheit in einer Volksabstimmung verabschiedet werden. Diese Bedingungen machen eine Revision äußerst schwer durchführbar – zumal es sich um eine kontroverse Frage handelt. Als Reaktion hierauf nun jedoch schlicht das Verfahren des Artikels 96 zu revidieren, wurde sogar von konservativen Verfassungsrechtlern als an den Haaren herbei gezogen und perfide attackiert.

## Traum von japanischer Hegemonie

„Von den Nazis lernen?“ Das Aso-Zitat ist nur vor diesem Hintergrund zu verstehen. Die Entwicklung der vergangenen Monate verdeutlicht, dass die von Aso vorgeschlagene Strategie umgesetzt wird, die Verfassungsrevision „in Ruhe“ durchzuführen.

*De facto* Asos Vorschlägen folgend, hat Premierminister Abe einen „Gesprächskreis zur Rekonstruktion der Rechtsgrundlage der nationalen Sicherheit“ gegründet. Obwohl es sich bei diesem Komitee lediglich um ein persönliches Beratungsinstrument des Premierministers handelt, wurde die Interpretation der Verfassung auf Basis der Vorschläge dieses Komitees bereits geändert. So wurde beschlossen, dass auch Japan im Rahmen der gegebenen Verfassung das Recht auf kollektive Selbstverteidigung in Anspruch nehmen könne. Bisherige japanische

Regierungen hatten dies stets aberkannt. Dadurch kann Japan seine Selbstverteidigungskräfte nun weltweit zur Unterstützung seines Bündnispartners USA entsenden. Vor allem aber soll damit demonstriert werden, dass Japan in der zunehmend als instabil angesehenen Region mit militärischer Präsenz auftrumpfen kann. Es scheint für Premierminister Abe viel zu bedeuten, dass Japan nun den Willen zeigt, zusammen mit den USA die Stabilität Ostasiens zu garantieren. Doch dahinter steht der eigentliche Traum, in ferner Zukunft in Form japanischer Sicherheitsgarantien für Ost- und Südostasien eine japanische Hegemonie zu errichten.

## Vom Verteidigungsamt zum Verteidigungsministerium

Im Rückblick ist die Geschichte der japanischen Sicherheitspolitik die Geschichte einer sukzessiven aber erfolgreichen Verfassungsunterminierung durch eine kontinuierliche Neu-Interpretation des Artikel 9. Am Anfang stand die Auffassung, dass die Selbstverteidigungskräfte (SDF) ausschließlich zur Selbstverteidigung dienten und daher nicht in Widerspruch zur Verfassung stünden. Die zuständige Regierungsinstitution hieß lange „Verteidigungsamt“ und wurde erst 2007 in den Rang eines Ministeriums erhoben. Dies geschah in der ersten Amtszeit Shinzo Abes. Durch die jüngsten Schritte ist auch die Teilnahme Japans an Aktionen kollektiver Sicherheitssysteme als verfassungskonform erklärt worden – ein Schritt, den Japans Regierungen in der Vergangenheit stets vermieden hatten. Japans Kapital als „Friedensstaat“, das über Jahrzehnte hinweg akkumuliert wurde, ist fast aufgezehrt.

## Traum von der Kriegsfähigkeit

Ein weiterer Punkt ist die Revision des langstehenden Waffenexportverbots, die die Regierung Abe initiiert hat. In der neuen Version der „Drei Prinzipien des Transfers von Verteidigungsausrüstung“ wird die gemeinsame Entwicklung von Verteidigungstechnologie mit anderen Ländern ermöglicht und das Verbot von Waffenlieferungen relativiert. Obwohl Konfliktregionen

hiervon weiterhin ausgeschlossen bleiben, hat die Änderung die japanischen Rüstungsproduzenten gefreut. Anders als in Deutschland war im Nachkriegsjapan der Export von militärischer Ausrüstung verboten. Aber auch ohne eine starke Militärwirtschaft blieb die Arbeitslosigkeit niedrig und die Wirtschaft wuchs. Auf diese Leistung konnte Japan stolz sein – bisher.

*Auch ohne starke Militärwirtschaft blieb die Arbeitslosigkeit niedrig und die Wirtschaft wuchs. Auf diese Leistung konnte Japan stolz sein – bisher.*

Den Traum, ein „kriegsfähiges“ Japan „in Ruhe“ zu verwirklichen – darum geht es in den aktuellen Diskussionen eigentlich. Es ist also durchaus angebracht, den falschen und intellektuell primitiven Vergleich mit dem Ermächtigungsgesetz zu kritisieren. Wichtiger aber noch ist es, die „ruhige“ und schleichende Aushöhlung der Verfassung zu erkennen.

Japans Linksliberale haben in den vergangenen 50 Jahren zahlreiche Fehler begangen. Sie haben sich bemüht, an der Fiktion des Artikels 9 festzuhalten, ohne die faktische Existenz der japanischen Streitkräfte richtig zur Kenntnis zu nehmen. Es war nachlässig, eine pazifistische Position zu vertreten aber gleichzeitig die Tatsachen stillschweigend anzuerkennen. Im kritischen Lager wurde das Auseinanderklaffen zwischen Verfassungsrealität und Verfassungsnorm nicht genügend problematisiert. Im Ergebnis ist Artikel 9 nun Makulatur.

Sowohl Abe als auch Aso sind Enkel bedeutender konservativer Politiker der Kriegs- und Nachkriegszeit. Abe ist Enkel Nobusuke Kishis, der ursprünglich auf der Angeklagtenliste der Tokyoter Kriegsverbrecherprozesse stand. Aso ist Enkel des „japanischen Adenauers“ Shigeru Yoshida , der von 1946 bis 1947 und von 1948 bis 1956 Premierminister war. In der Regierungspartei LDP dienen noch zahlreiche weitere Entscheidungsträger, deren Väter und Großväter politisch aktiv waren und von den Widersprüchen der elitären Gesellschaftsstruktur der Vorkriegszeit belastet sind.

## Nationalistische Rhetorik gegen Legitimationsmangel

Teilweise als Konsequenz des Wahlsystems hat sich in Japan die Dominanz einer quasi-feudalen Politikerklasse erhalten. Dies hat zu einem Mangel an Legitimität geführt. Um diesen Mangel zu

kompensieren, wird die Bevölkerung mit nationalistischer Rhetorik geblendet. Sie betont die Traditionen Japans, die einzigartige japanische Kultur, die einzigartige Küche Japans, die einzigartige Freundlichkeit der Japaner, die besondere Schönheit der japanischen Sprache und die Gefährdung der Sicherheit dieses großartigen Japans. Der Universalismus der von Amerika „oktroyierten“ Verfassung ist den Vertretern der japanischen „Einzigartigkeit“ dabei ein Dorn im Auge. Dabei verdanken wir Prosperität und Stabilität im Nachkriegsjapan eben dieser Verfassung mit ihrer Nichtbewaffnungsklausel.

---



**Kenichi Mishima**
Osaka

Dr. Kenichi Mishima ist Professor emeritus der Universität Osaka in Japan. Er arbeitet auf dem Gebiet der Sozialphilosophie in der Weiterführung der Tradition der Kritischen Theorie und beschäftigt sich zur Zeit schwerpunktmäßig mit der Theorie und Praxis der Transnationalen Öffentlichkeit.

## 11 LESERBRIEFE

### **yota-berlin** schrieb am 22.09.2014

Die Kriegsfähigkeit wiederherstellen:
Es ist schon interessant, diese Details zur japanischen Politik zu lesen, aber interessanter ist es noch, den Kontext zu verstehen. Praktisch zeitgleich haben Deutschland und Japan ihre Kriegsfähigkeit öffentlich

bekundet. Und das ist kein Zufall. Denn offensichtlich wollen die USA Krieg führen, hauptsächlich um die Dollar-Herrschaft aufrecht zu erhalten. Und dafür binden sie ihre Vasallenstaaten mit ein. Weder Deutschland noch Japan sind souverän und müssen laut Vertrag die US-Politik mittragen. Dafür wird derzeit vor allem Gauck kritisiert, dass er deutsche Kriegseinsätze befürwortet. Aber der arme Mann kann garnichts dafür, er muss das sagen, was die Transatlantiker beschlossen haben.

---

**Putinspropagandaworks** schrieb am 22.09.2014

Lol, wie oft muss man eigentlich sagen, dass es "keine militärische Lösung" dieses Konflikts geben wird, bevor es auch der letzte Aluhut glaubt?

---

**Ronald R.** schrieb am 22.09.2014

"... laut Vertrag die US-Politik mittragen." Welcher Vertrag?

---

**Ralf** schrieb am 23.09.2014

@yota-berlin
Mannmannmann...

- Es gibt die NATO-Verträge, die gelten für Fall eines Angriffs auf einen der Partner.
- Deutschland muss laut welchen Vertrags "die US-Politik mittragen"? Dann mal Butter bei die Fische und Fakten auf den Tisch. Wenn das so wäre, dann hätte D 2001 bei Irakkrieg keine Wahl gehabt. Merkst du was?
- Gauck: der muss gar nix, der macht das vollkommen aus sich heraus.

---

**Nagod** schrieb am 23.09.2014

---

@ Ronald R.
BESATZUNGSVERTRAG zwischen den Alliierten ( USA, Frankreich und Großritannien )und West-BRD.
Es sind ja noch um die 100.000 US Soldaten und britische Soldaten in Deutschland ( vor allem Süd-West Deutschland) stationiert.
Wird aber in veröffentlichten Meinung komplett ausgeblendet.
Leider!

**Johann F.** schrieb am 23.09.2014

...."... laut Vertrag die US-Politik mittragen." Welcher Vertrag?

z.B. der fehlende Friedensvertrag zwischen Siegermächten und Deutschland.

Im Potsdamer Abkommen wurde der Friedensvertrag bis zur Wiedervereinigung von Zweigeteilten Deutschland ausgeschlossen. Ob der 2+4 Vertrag als Friedensvertrag anzusehen ist, wage ich zu bezweifeln. Folgerichtig: Deutschland ist nach wie vor nicht Souverän, immer noch besetzt und einem "Diktat" ausgesetzt.

**yota-berlin** schrieb am 26.09.2014

Bundespräsident Gauck bekommt seine Reden von Amerikanern geschrieben, z.B. vom German Marshall Fund. Hier der Beweis: https://www.youtube.com/watch?v=x4b5QVXxIOo

Ich vermute, dass dies auch auf Premierminister Shinzo Abe zutrifft.

**Staatsbankrott** schrieb am 28.09.2014

akurater Freimaurer Gruß. Was auch immer die besprechen, Fukushima wird das Gespräch beeinflusst haben.

**Ralf** schrieb am 29.09.2014

@yota-berlin:

"Bundespräsident Gauck bekommt seine Reden von Amerikanern geschrieben,"

Ist klar. Und die geheime Weltregierung steuert alles von einem U-Boot auf dem Grunde der Weltmeere aus.

Habe mir da angesehen. Eine Meinungsäußerung eines Einzelnen im Talk einem Online-Fernsehportal als "Beweis" zu verkaufen können nur Verschwörungstheoretiker.

Klar bedienen sich Redenschreiber aus ihren internen Grundsatzpapieren, Forschungsberichten und Stellungnahmen. Und die fallen bekanntlich auch nicht

vom Himmel, sondern entstehen aus der Rezeption von wissenschaftlichen Aufsätzen in Zeitschriften, Fachbüchern etc. Sicher ist es kein guter Stil, solche Formulierungen 1 zu 1 in Reden zu übernehmen, aber bei bestimmten Termini ("neue Verantwortung" - wenn man das verwenden will) ist das ja kaum zu vermeiden.

---

**Falk Oberdorf** schrieb am 07.01.2015

---

Dass dies Verschwoerungstheoretiker wie Nagod und Johann F. , die ja hoechstens 5 v.H. der Bevoelkerung repraesentieren, sich in derlei Foren immer so aeussern, als ob sie die Volksmeinung darstellen, ist schon bemerkenswert.
Zu den Besatungssoldaten: die sind mittlerweile auf ausdruecklich Wunsch Deutschlands hier. Ein Wink Merkels und die waeren sowas von schnell weg. Im Kalten Krieg waren rund 500.000 Alliierte in West-Deutschland stationiert, nicht um Deutschland klein zu halten, sondern weil es Frontstaat war. Nun sind es noch 100.000, wenn ueberhaupt. Die Briten werden weiter reduzieren und die oertlichen Buergermeister bangen, dass wenigstens die paar "Besatzer" noch bleiben. Mittlerweile gibt es ein Bundeswehr-Bataillon im Elsass

und Deutsche sind im NATO Hauptquartier mit Generalen in Schluesselpositionen praesent (z.B. der Chef des Stabes in SHAPE, usw). Alles wohl kaum Dinge, die man einem besiegtem Feindstaat einraeumen wuerde, denke ich. Jetzt warte ich nur noch, dass einer die beruehmte Feindstaatenklausel aus der VN-Charter als "Beweis" darlegt, dass Deutschland eine Marionette der US-Plutokraten sei.

---

**Dubois** schrieb am 08.01.2015

---

ME. basierte das NS Rechtssystem auf BGB +Rassengesetze, das Ermaechtigungsgesetz galt fuer 4 Jahre.
Weshalb der Staatsrechtler Carl chmitt behauptete:" die Souveraenitaet geht von dem aus, der die (verfassungsmaessige) AUSNAHME bestimmt. D hat einen Teil der Souveraenitaet durch den Euro abgegeben. Ein souveraener Staat besitzt seine Waehrung mit der er eine souveraene Geldpolitik gestalten kann. Auch das Integrieren der deutschen Streitkraefte in supranationale NATO ist eine Aufgabe der Souveraenitaet. Das Nicht-Partizipieren am Bushs Irakkrieg wurde von den Amis sehr uebel angesehen.

Dafuer haben deutsche ja gut in Afghanistan mitgeballert...
Was ist die Loesung? Eine vorsichtige neutralisierung. Kaum ein Land hat den WK so gut uebestanden wie die Schwyz und Schweden. Auch Tschechien (damals Tschechoslowakei) hat den krieg summa summarum gut ueberstanden WEIL sie NICHT gekaempft haben. Heute steht das Land blendend da...Wir muessen uns von den USA abkoppeln und dabei mit TIPP anfangen: nix TIPP, nix Nurnberger Wurst aus Ohio!

---